

Die Tragödie Europas:
Von der Krise des Jahres 1939
bis zum Angriff auf die UdSSR

Herausgegeben im Auftrag
der Gemeinsamen Kommission
von Horst Möller und Aleksandr Čubar'jan

Oldenbourg Verlag München 2013

<i>Magnus Ilmjärv</i>	
Das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag und die baltischen Staaten. Was war bekannt, und wie war die Reaktion dieser Staaten?	112
<i>Marek Kornat</i>	
Die politische Krise des Jahres 1939 in Europa und die Möglichkeiten der polnischen Außenpolitik	129
<i>Česlovas Laurinavičius</i>	
Litauen in den Krisenjahren 1938–1940: äußere und innere Probleme	144
<i>Heinrich Schwendemann</i>	
Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1939–1941	158
<i>Rolf-Dieter Müller</i>	
Hitlers Entscheidungen über die weitere Kriegführung nach dem Frankreichfeldzug	168
<i>Christian Hartmann</i>	
Hitlers Planung des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion	177
<i>Leonid Gibianskij</i>	
Die Entwicklung in Südosteuropa in den Jahren 1940–1941 im Kontext der sowjetisch-deutschen Beziehungen	185
<i>Heinrich Strods (1925-2012)</i>	
Gegenseitige strategische Lieferungen der UdSSR und Deutschlands (1939 – erstes Halbjahr 1941)	205
<i>Johannes Hürter</i>	
„Wie in einem fremden Erdteil“. Die Sowjetunion und ihre Einwohner in der Wahrnehmung von Wehrmachtsgenerälen	219
Die Mitglieder der Kommission	225
Die Autoren dieses Bandes	227
Kontakte	228

Inhalt

<i>Horst Möller, Aleksandr Čubar'jan</i> Vorwort	VII
 Die Tragödie Europas: Von der Krise des Jahres 1939 bis zum Angriff auf die UdSSR Beiträge des internationalen Kolloquiums der Kommission, Moskau, Juli 2009	
<i>Hermann Graml</i> Hitlers Strategie 1939–1941	1
<i>Aleksandr Čubar'jan</i> Die außenpolitische Strategie der sowjetischen Führung in den Jahren 1939–1941	9
<i>Vladislav Smirnov</i> Das Münchener Abkommen und der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt in den Debatten russischer Historiker	18
<i>Marie-Luise Recker</i> Der Hitler-Stalin-Pakt aus deutscher Sicht	35
<i>Sergej Slutsch</i> Wofür brauchte Hitler einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion? Einige Aspekte des Problems	45
<i>Inesis Feldmanis</i> Das Münchener Abkommen und der Molotov-Ribbentrop-Pakt: Eine vergleichende Analyse	57
<i>Georges-Henri Soutou</i> Die Politik Frankreichs am Vorabend des Zweiten Weltkriegs	68
<i>Lothar Kettenacker</i> Großbritannien: Kriegserklärung als Ehrensache	79
<i>Antonijs Zunda</i> Zur Problematik der Garantien für die baltischen Staaten bei den Moskauer Drei-Mächte-Verhandlungen im Frühjahr/Sommer 1939	95
<i>Michail Mjagkov, Oleg Ržeševskij</i> Eine verpasste Chance: Zur Diskussion über die „polnische Frage“ im Zuge der englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen im Sommer 1939	104

Inesis Feldmanis

Das Münchener Abkommen und der Molotov-Ribbentrop-Pakt: Eine vergleichende Analyse

Der Zweite Weltkrieg, der im September 1939 begann, kam nicht überraschend. Zahlreiche Faktoren trugen zur Entstehung des Konfliktes bei – internationale Krisen, unbedachte Aktionen der einen oder anderen Regierung sowie die Politik der revisionistischen Staaten (Deutschland, Sowjetunion), die zielsicher auf das Entfachen eines Krieges ausgerichtet war. Häufig stellen Historiker bei der Beschreibung der Vorgeschichte des Krieges das Münchener Abkommen vom 29./30. September 1938 und den am 23. August 1939 in Moskau unterzeichneten Molotov-Ribbentrop-Pakt in den Vordergrund. In der jüngsten russischen Geschichtsschreibung sind Versuche festzustellen, die verbrecherische Bedeutung des Molotov-Ribbentrop-Paktes bei der Vorbereitung des Krieges herunterzuspielen (die Aufmerksamkeit wird im Wesentlichen auf die Rolle des Münchener Abkommens konzentriert).¹

Das Münchener Abkommen

Obwohl das Münchener Abkommen über die Aufteilung der Tschechoslowakei, das keinerlei geheime Zusätze enthielt, und der Molotov-Ribbentrop-Pakt aus völkerrechtlicher Sicht schwer vergleichbar sind, wollen wir versuchen, ihr Wesen und ihre Ausrichtung herauszuarbeiten und ihre Folgen zu bewerten.

Die Unterzeichnung des Münchener Abkommens auf der Viermächte-Konferenz (Großbritannien, Italien, Deutschland, Frankreich) beendete formal die Sudetenkrise, die von den Nazis im Frühjahr 1938 heraufbeschworen worden war. Die Kompromisslösung ignorierte die Belange der Tschechen vollständig und sah die Übertragung des zur Tschechoslowakei gehörenden Sudetenlandes an Deutschland vor, angeblich zur Sicherung der Rechte der dort lebenden Deutschen. Auch die Gebietsansprüche Polens und

¹ Vgl. z. B. *Michail Ju. Mjagkov*: Ot Mjunchenskogo soglašenija do podpisanija sovetko-germanskogo dogovora ot 23 avgusta 1939 g.: predistorija voprosa. In: *Meždunarodnyj krizis 1939–1941 gg. Ot sovetko-germanskich dogovorov 1939 goda do napadenija Germanii na SSSR*. Moskva 2006, S. 47–61; *Vasilij S. Christoforov*: Mjunchenskoe soglašenje – prolog Vtoroj mirovoj vojny (po archivnym materialam FSB Rossii). In: *Novaja i novejšaja istorija*. 2009. Nr. 1, S. 21–47.

Ungarns wurden befriedigt. Die Polen erhielten das Olsa-Gebiet und die Ungarn eine Reihe grenznaher Gebiete.

In einem Zusatz zum Münchener Abkommen hieß es, nach der Lösung der Probleme der polnischen und der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei werde diese von Deutschland Garantien für ihre neuen Grenzen erhalten.² Großbritannien und Frankreich hatten der tschechoslowakischen Regierung noch am 19. September 1938 Garantien gegen einen nicht provozierten Angriff zugesagt.³ So war das Münchener Abkommen gleichsam der Versuch, die nach dem Ersten Weltkrieg etablierte internationale Ordnung, das sogenannte Versailler System, zu verändern. Es ist kein Zufall, dass einige Autoren auch von einem Münchener System schreiben, dessen Gestaltung nicht abgeschlossen wurde. Die „geteilte“ Tschechoslowakei erhielt keinerlei Garantien. Im März 1939 brach Deutschland das Münchener Abkommen und liquidierte den tschechoslowakischen Staat, der nun zum deutschen „Protektorat Böhmen und Mähren“ wurde. Die Slowakei wurde nach Ausrufung ihrer Unabhängigkeit zu einem von Deutschland abhängigen Staat.

Nachdem es infolge des Münchener Abkommens das Sudetenland erhalten hatte, festigte Deutschland seine politischen und strategischen Positionen spürbar und vergrößerte seine Wirtschaftskraft. Bereits im Frühjahr 1938 war das Dritte Reich nach dem Anschluss Österreichs zu „Großdeutschland“ geworden und schien das sogenannte Problem des Lebensraumes für fast 20 Jahre gelöst zu haben. Selbst die nationalsozialistische Propaganda schrieb nun seltener von den Deutschen als Volk ohne Raum.

Stellt sich die Frage, was brachte die Unterzeichnung des Münchener Abkommens Großbritannien und Frankreich? Natürlich strebten diese Länder, anders als Deutschland und die Sowjetunion, nicht nach Gebietsgewinnen und der Unterwerfung anderer Völker. Die führenden Politiker dieser Staaten dachten im Wesentlichen in den diplomatischen Kategorien nicht des 18., sondern des 20. Jahrhunderts. Sie waren bemüht, die Sudetenkrise friedlich beizulegen und Europa vor dem Unheil eines Krieges zu bewahren. Offenbar betrachteten der britische Premierminister Neville Chamberlain und der französische Ministerpräsident Edouard Daladier die Forderung Adolf Hitlers nach dem Anschluss des hauptsächlich von Deutschen bewohnten Sudetenlandes an Deutschland zunächst als gerechtfertigt. Sie hofften, dieses „Zugeständnis“ an den Führer werde es ermöglichen, einen Krieg zu verhindern, den Frieden zu bewahren und Deutschland zu einem stabilisierenden Faktor in der internationalen Arena werden zu lassen.⁴

Es ist klar, dass diese Hoffnungen naiv und die Demarchen der britischen und französischen Diplomaten höchst misslungen waren. Viele Historiker sind zu Recht der Auffassung, dass das Münchener Abkommen die Folge und der Höhepunkt der verfehlten Politik des „Appeasements“ gegenüber dem potentiellen Aggressor war. Die führenden Politiker Großbritanniens und Frankreichs riskierten es nicht, auf die Herausforderung

² Soglašenje mežu Germaniej, Velikobritanij, Franciej i Italiej, zaključennoe v Mjunchene 29 sentjabrja 1938 g. In: Dokumenty i materialy kanuna vtoroj mirovoj vojny. 1937–1939. V 2 t. Hrsg. von MID SSSR. Moskva 1981, T. 1, S. 238.

³ Zajavlenie pravitel'stv Velikobritanii i Francii pravitel'stvu Čechoslovakii, 19 sentjabrja 1938 g. In: Ebd., S. 171.

⁴ *Bogdan Musial: Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen.* Berlin 2008, S. 397.

Deutschlands und seine Bedrohungstaktik zu antworten und gingen einen Kompromiss ein.

Es ist allerdings schwierig, sie dafür scharf zu verurteilen, denn der Einsatz war sehr hoch. Die mögliche Alternative erschien ihnen nicht ohne Grund zu gefährlich und zum damaligen Zeitpunkt nicht angemessen. Briten und Franzosen hätten einen Krieg beginnen müssen, ohne sicher zu sein, dass eine Kriegsgefahr und nicht eine Kriegswahrscheinlichkeit bestand. Hitlers Ziele waren damals noch nicht endgültig klar.⁵ Man kann dem deutschen Autor Manfred Funke zustimmen, der darauf hinweist, dass eine französische Militäraktion im Rheinland zur Verhinderung des Anschlusses des Sudetenlandes an Deutschland das im Westen vorherrschende Verständnis des Völkerrechtes und die Grundsätze des Völkerbundes in Misskredit gebracht hätte.⁶ Außerdem hatte es die nationalsozialistische Propaganda, die es geschickt verstand, den Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg aufgezwungenen Vertrag von Versailles zu kritisieren und mit Begriffen wie „Gleichberechtigung“ und „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zu jonglieren, weitgehend geschafft, die öffentliche Meinung in den europäischen Ländern für Berlin einzunehmen.

Bekanntlich gelang es den Briten nicht, einen Krieg abzuwenden, er wurde lediglich auf später verschoben. Und doch ist es schwierig, die in der russischen Geschichtsschreibung verbreitete These, es sei das Münchener Abkommen gewesen, das zum Prolog des Zweiten Weltkrieges wurde, vorbehaltlos zu akzeptieren.⁷ Natürlich markierte München psychologisch gesehen tatsächlich einen gewissen kritischen Punkt in der Vorkriegsdiplomatie, doch nicht das Abkommen machte den Krieg unausweichlich.

Es säte vielmehr Verwirrung, und in dieser Atmosphäre reiften zwei fatale Entscheidungen heran. Wie der bekannte britische Historiker Norman Davies unterstreicht, überzeugte München Hitler (und vielleicht auch Iosif Stalin) erstens davon, dass eine weitere Aggression – getarnt als friedliche Absichten – leicht neue Dividenden einbringen werde. Zweitens entstand im Westen der Eindruck, die Verhandlungen mit den Nazis seien ein Fehler gewesen. Dieser Fehler hatte Einfluss auf die Position der Polen.⁸ Bei den Gesprächen mit deutschen Vertretern im Herbst 1938 und Anfang 1939 erklärten sie, Polen wolle nicht Juniorpartner und gefügiger Satellit Deutschlands sein. Und dies, obwohl London Warschau Unterstützung und Garantien zugesagt hatte. Am 26. März lehnten die Vertreter Polens die von Deutschland vorgeschlagenen Bedingungen für ein Abkommen schroff und in einer in der Geschichte der Diplomatie selten aggressiven Form ab.⁹ Nach diesen Bedingungen sollte Danzig erneut zu Deutschland kommen, und im sogenannten „Polnischen Korridor“ sollten eine Straße und eine Bahnlinie gebaut werden, um die Verbindung zwischen Deutschland und Ostpreußen, das seit 1919 von Deutschland getrennt war, zu verbessern.

⁵ *Manfred Funke*: München 1938. Illusion des Friedens. Spuren Der Hoffnung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. H. 43/1988, S. 3–13.

⁶ Ebd.

⁷ *Christoforov*, *Mjunchenskoe soglašenje – prolog vtoroj mirovoj vojny*, S. 19.

⁸ *Norman Davies*: *Istorija Evropy*. Moskva 2004, S. 735.

⁹ Gespräch des Reichsaußenministers mit dem polnischen Botschafter am 26. März 1939. In: *Joachim von Ribbentrop: Meždu Londonom i Moskvoj. Vospominanija i poslednie zapisi*. Moskva 1996, S. 236. [S. 162 der deutschen Fassung: *Joachim von Ribbentrop: Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen*. Leoni am Starnberger See 1953]

Die fehlgeschlagenen Verhandlungen mit Polen führten dazu, dass Hitler im Frühjahr 1939 die für Europa schicksalhafte Entscheidung zum Angriff auf Polen traf. Die deutsche Diplomatie stand nun vor der Aufgabe, die internationale Isolation Polens sicherzustellen. Es zeigte sich, dass das gar nicht einfach war. Dieses Problem war weder mit Hilfe Italiens noch mit Hilfe Japans zu lösen. blieb nur die Sowjetunion. Ab Ende Juli 1939 sondierte Berlin die Bedingungen für ein mögliches Abkommen ausgesprochen aktiv. Allmählich kristallisierte sich eine für beide Seiten akzeptable Lösung heraus.

Der Molotov-Ribbentrop-Pakt

Der entscheidende Tag war der 19. August 1939, als der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Wjačeslav Molotov, dem deutschen Botschafter in Moskau, Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg, den von der sowjetischen Seite vorbereiteten Entwurf eines Nichtangriffspaktes übergab. Tatsächlich enthielt der Entwurf alles, was Berlin sich damals nur wünschen konnte: uneingeschränkte Neutralität, die einen Angriff Deutschlands auf Polen zuließ, sowie den Begriff „Nichtangriff“, der den gegenseitigen Handel garantierte und für den Kriegsfall jede Zusammenarbeit mit anderen Mächten gegen den Vertragspartner ausschloss. Allerdings verlangte die Sowjetunion für diese „Mildtätigkeit“ und eine der deutschen Seite derart genehme Vertragsfassung einen hohen Preis. Der Nichtangriffsvertrag konnte nur dann in Kraft treten, wenn zugleich ein gesondertes Protokoll zu außenpolitischen Fragen unterzeichnet würde. Wie im Vertragsentwurf betont wurde, „war das Protokoll Bestandteil des Vertrages.“¹⁰

Am 21. August 1939 erhielt der sowjetische Diktator Stalin ein Schreiben von Hitler, in dem es hieß: „Ich akzeptiere den Entwurf eines Nichtangriffspaktes, den mir Ihr Außenminister [in dem in Moskau entschlüsselten Schreiben an Stalin wurden die Worte ‚Ihr Außenminister‘ durch ‚der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR und Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten‘ ersetzt – I.F.] Herr Molotov übergeben hat, und ich halte es für außerordentlich notwendig, die damit zusammenhängenden Fragen möglichst bald zu klären.“¹¹ Hitler war der Ansicht, dass „das von der sowjetischen Regierung gewünschte Zusatzprotokoll kurzfristig ausgearbeitet werden kann, wenn ein verantwortlicher staatlicher Vertreter Deutschlands persönlich zu Verhandlungen nach Moskau kommen kann.“¹²

So war es dann auch tatsächlich. Der Text des von der sowjetischen Seite initiierten geheimen Zusatzprotokolls wurde in großer Eile während des Besuches des deutschen Außenministers Joachim von Ribbentrop in Moskau verfasst und abgestimmt. In einem ersten Gespräch am 23. August gegen Abend stellte sich heraus, dass Stalin und Molotov mehr verlangten, als von Ribbentrop erwartet hatte. Er musste sich mit Berlin in Verbindung setzen, um die neuen Forderungen mit Hitler abzustimmen. In seinem Telegramm

¹⁰ Ju. G. Fel'stinskij (Hrsg.): SSSR – Germanija. 1939–1941. V 2 kn. Kn 1: Dokumenty i materialy o sovetsko-germanskich otnošenijach s aprelja po oktjabr' 1939 g. Vil'ňus 1989, S. 48 – Zitate deutscher Quellen hier und im folgenden aus der vom Autor verwendeten russischen Edition bzw. Ausgabe übersetzt.

¹¹ Ebd., S. 51–52.

¹² Ebd., S. 52.

hieß es: „Teilen Sie dem Führer bitte sofort mit, dass das erste dreistündige Gespräch mit Stalin und Molotov [...] zu Ende ist. Bei der Diskussion [...] zeigte sich, dass das letzte Hindernis für eine endgültige Entscheidung die Forderung der Russen an uns ist, die Häfen Libau (Liepaja) und Windau (Ventspils) als Teil ihrer Einflussphäre anzuerkennen. Ich wäre dankbar, wenn die Zustimmung des Führers bis 20 Uhr deutscher Zeit bestätigt werden könnte.“¹³

Heute sind Datum und Uhrzeit der Unterzeichnung des Geheimen Zusatzprotokolls allgemein bekannt – es war in der Nacht zum 24. August 1939. Mit diesem rechtswidrigen und zynischen Dokument wurde im Grunde genommen eines der verbrecherischsten Geschäfte des 20. Jahrhunderts besiegelt. Das zu Lasten von sechs Drittländern (beim Münchener Abkommen war es ein einziges) unterzeichnete Protokoll sah die Aufteilung Osteuropas in Einflussphären der Sowjetunion und Deutschlands vor. Lettland, Finnland und Estland wurden der Sowjetunion „überlassen“. Die Grenze der Interessensphäre der beiden Aggressorstaaten in Polen wurde entlang der Flüsse Narew, Weichsel und San gezogen. Zugleich wurde festgeschrieben, dass Polen seine Staatlichkeit verlieren könnte. Auch wurden im Protokoll das besondere Interesse der Sowjetunion und das politische Desinteresse Deutschlands an dem zum damaligen Zeitpunkt zu Rumänien gehörenden Bessarabien unterstrichen.¹⁴

Nach den Plänen Berlins sollte der Molotov-Ribbentrop-Pakt Großbritannien und Frankreich davon abhalten, sich in den deutsch-polnischen Konflikt einzumischen. Stalin seinerseits hatte keinen Zweifel daran, dass die Westmächte trotz des Abkommens zwischen der Sowjetunion und Deutschland ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen würden, und daher hielt er es für unausweichlich, dass diese Länder in einen Krieg hineingezogen würden. Stalins Kalkül sollte sich als richtig erweisen. Am 25. August 1939 demonstrierte Großbritannien mit der Unterzeichnung eines Beistandspaktes mit Polen erneut seine unbeugsame Position. Hitler war davon so überrascht, dass er sogar das Datum des Angriffs auf Polen, der für den 26. August geplant war, um fünf Tage verschob. Hitler hoffte noch, dass es gelingen würde, die Briten von einer Beteiligung an dem Konflikt abzuhalten. Das zeigt sein Telefonat mit Hermann Göring am Abend des 25. August. Hitler: „Ich habe das Ganze gestoppt!“ Erleichtert fragt Göring: „Endgültig?“ Nach einer längeren Pause antwortet Hitler: „Nein, ich will nur versuchen, eine englische Intervention zu vermeiden!“¹⁵

Der Pakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion war das „Todesurteil“ für Polen. Er gab Hitler und Stalin das „Recht“ (diese Tatsache wird von Historikern aus unerfindlichen Gründen häufig ignoriert), unter der Überschrift „territorial-politische Umgestaltung“ (Formulierung des geheimen Zusatzprotokolls)¹⁶ einen Präzedenzfall zu schaffen, der ihnen angeblich gestattete, einen Krieg zu beginnen. Mit anderen Worten war dies

¹³ Ebd., S. 59–60.

¹⁴ Sekretnyj dopolnitel'nyj protokol o granice sfer interesov Germanii i SSSR ot 23 avgusta 1939 goda // Novaja i novejšaja istorija. 1993. Nr. 1, S. 89.

¹⁵ Hans-D. Otto. Lexikon fataler Fehlentscheidungen im Zweiten Weltkrieg. Von Alpenfestung bis Zitadelle. München 2005, S. 15.

¹⁶ Sekretnyj dopolnitel'nyj protokol, S. 89.

das Signal für eine gemeinsame deutsche und sowjetische Aggression.¹⁷ Deutschland begann die Kampfhandlungen am 1. September und liquidierte gemeinsam mit der Sowjetunion, die 16 Tage später in den Krieg eintrat, die Unabhängigkeit Polens binnen weniger Wochen. Der Molotov-Ribbentrop-Pakt, der teilen und zerstören sollte, entsprach den Intentionen der beiden auf Krieg eingestellten Diktatoren Hitler und Stalin in vollem Umfang.

Der Pakt beeinflusste das Schicksal der baltischen Staaten auf entscheidende Weise. Deutschland hatte keinerlei Einwände gegen irgendwelche „territorial-politischen Umgestaltungen“ in der sowjetischen Interessensphäre. So wurde Litauen am 28. September 1939 in die sowjetische Einflussphäre einbezogen. Im August 1939 hatten die Führer der beiden Mächte dem Begriff „Interessensphäre“ dieselbe Bedeutung zugewiesen – es ging um die ungehinderte Besetzung und Annexion von Gebieten der entsprechenden Länder. Um die Aufteilung der Einflussphären Realität werden zu lassen, wurde im geheimen Zusatzprotokoll zur Benennung dieses Begriffes ein und derselbe Terminus verwendet und erläutert.¹⁸ Es kann kaum einen Zweifel geben – die zehn Monate später erfolgte Besetzung der baltischen Länder wäre ohne den Molotov-Ribbentrop-Pakt nicht möglich gewesen.

In Vorbereitung der Besetzung der baltischen Staaten zwang die sowjetische Regierung Lettland, Litauen und Estland im Herbst 1939 die sogenannten „Stützpunktverträge“ auf. Das erste baltische Land, das der Erpressung und groben Gewaltpolitik nachgab und einen sogenannten Beistandsvertrag mit dem aggressiv gestimmten Nachbarn abschloss, war Estland. Die estnischen Politiker waren sich damals sehr wohl darüber im Klaren, dass sie mit Abschluss des Vertrages mit der Sowjetunion das Risiko eines Verlustes der Unabhängigkeit ihres Landes eingingen und ihr eigenes Todesurteil unterschrieben.

Hierher passt ein Beispiel, das neben allem anderen zeigt, mit welcher Abneigung der Kreml bereits damals das Wort „Besetzung“ betrachtete. Bei den sowjetisch-estnischen Verhandlungen am 27. September 1939 in Moskau verlangte die sowjetische Seite, dass ihr für die Zeit des Krieges in Europa die Möglichkeit eingeräumt würde, auf estnischem Hoheitsgebiet 35.000 sowjetische Soldaten zu stationieren. Dies war angeblich erforderlich, um „die Einbeziehung Estlands und der Sowjetunion in den Krieg zu verhindern

¹⁷ In seinem Schlusswort im Nürnberger Prozess sagte Ribbentrop im Sommer 1946: „Als ich 1939 nach Moskau zu Marschall Stalin kam, besprach er mit mir nicht die Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung des deutsch-polnischen Konfliktes im Rahmen des Briand-Kellogg-Paktes, sondern er ließ durchblicken, wenn er zur Hälfte Polens und den baltischen Ländern nicht noch Litauen mit dem Hafen Libau bekäme, könne ich wohl gleich wieder zurückfliegen. Das Kriegführen galt dort offensichtlich 1939 nicht als ein Verbrechen gegen den Frieden“ (Zit. nach: *Irina V. Pavlova*: Poiski pravdy o kanune Vtoroj mirovoj vojny. In: *Dmitrij S. Chmel'nickij* (Hrsg.): *Pravda Viktora Suvorova. Perepisyvaja istoriju Vtoroj Mirovoj. Moskva 2006, S. 243.*) [A.d.Ü.: Deutscher Wortlaut nach „Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Veröffentlicht in Nürnberg, Deutschland, 1948“: „Das Kriegführen galt dort offensichtlich 1939 auch noch nicht als ein internationales Verbrechen gegen den Frieden“].

¹⁸ *Jan Lipinsky*: Das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von 1939 bis 1999. Berlin u. a. 2004, S. 84.

und die innere Ordnung in Estland zu schützen.¹⁹ Der estnische Außenminister Karl Selter versuchte, diese Vorschläge abzulehnen, da die Erfüllung der sowjetischen Forderungen seiner Ansicht nach die militärische Besetzung seines Landes bedeuten würde. Die Aufzeichnungen der Verhandlungen zeigen, dass dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Molotov, nichts anderes übrig blieb als nach einem zuvor entwickelten Szenario zum Telefonhörer zu greifen und Stalin zu den Verhandlungen hinzuzubitten. Molotov sagte: „Genosse Stalin, komm her. Ich habe Herrn Selter und andere Herren aus Estland bei mir. Sie sind mit unseren neuen Vorschlägen nicht einverstanden. Sie nennen das Besetzung und verwenden noch andere schreckliche Wörter. Komm und hilf mir, sie von der Notwendigkeit unseres Vorschlags zu überzeugen.“²⁰

Die Frage von Stützpunkten (und des Abschlusses von Verträgen in diesem Zusammenhang) war von Stalin im Gespräch mit dem deutschen Außenminister von Ribbentrop Ende September 1939 angesprochen worden. Mit dem Hinweis, Estland habe der Unterzeichnung eines solchen Vertrages bereits zugestimmt, erklärte Stalin, dass, sollte Lettland sich widersetzen, „die Sowjetarmee in kürzester Zeit mit Lettland ‚fertig werden‘ würde“.²¹ Die deutsche Seite bestand auf einer schrittweisen Lösung der baltischen Frage ohne sofortige Besetzung der baltischen Staaten. Stalin sagte von Ribbentrop zu, das Eindringen werde nach und nach vollzogen, Lettland, Litauen und Estland sollten ihre Unabhängigkeit noch eine gewisse Zeit behalten, doch eine künftige Eingliederung dieser Länder in die UdSSR sei möglich.²²

Am 2. Oktober 1939 begannen in Moskau die sowjetisch-lettischen Verhandlungen über die Unterzeichnung eines Beistandsvertrages. Die sowjetische Seite demonstrierte hier erneut ihre aggressive Position und bestätigte ihre Absicht, die Normen des Völkerrechtes nicht zu achten und Gewalt anzuwenden. Am folgenden Tag berichtete der lettische Außenminister Vilhelms Munters seiner Regierung, Stalin habe ihm erklärt, die lettische Regierung dürfe die Eingliederung eines „Gebietes mit russischer Minderheit“ in die UdSSR nicht als unrealistisch betrachten.²³ Die lettische Regierung beschloss zu kapitulieren.

Nach der Unterzeichnung des Molotov-Ribbentrop-Paktes und der Stützpunktverträge²⁴ schien es, als sei Moskau gegen jedweden Zufall abgesichert und Stalin könne,

¹⁹ Peregovory I. Stalina i V. Molotova s delegaciej Ėstonii o zaključenii dogovora o vzaimnoj pomošči, 27 sentjabrja 1939 goda. In: *Peeter Vares* (Hrsg.): *Na čaše vesov. Ėstonija i SSSR. 1940 god i ego posledstvija*. Tallinn 1999, S. 39.

²⁰ Ebd.

²¹ Dokumenty vnešnej politiki [SSSR]. V 24 t. Hrsg. von MID RF. T. 22. Kn. 2: 1 sentjabrja – 31 dekabrja 1939 g., Moskva 1992, S. 611.

²² Ebd., S. 608–611.

²³ *Alfred Bilmanis* (Hrsg.): *Latvian – Russian Relations. Documents*. Washington 1944, S. 193–194.

²⁴ Nach den Grundsätzen des Völkerrechtes können die zwischen der Sowjetunion und den baltischen Staaten geschlossenen Beistandsverträge aufgrund der Ungleichheit der Partner (eine Großmacht und kleine, schwache Staaten) nur schwerlich als legitim betrachtet werden. In der historischen und juristischen Literatur sind etliche Meinungen zu einer möglichen Charakterisierung dieser Verträge zu finden. Die einen Autoren sind der Ansicht, sie entsprächen nicht den Grundsätzen des Völkerrechtes, da sie den baltischen Staaten aufgezwungen wurden und folglich ab dem Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung ungültig seien (vgl. *Heinrichs Strods: Latvijas okupācijas pirmās posms* (1939. gada 23. augusts – 1940. gada sākums). In: *Dzintars Ērglis* (Hrsg.) Oku-

ohne irgendetwas befürchten zu müssen, die baltischen Staaten nun in der ihm genehmen Form besetzen. Allerdings ließ die von Berlin verschuldete Situation dies nicht zu. Moskaus Verbündeter änderte seine Einstellung gegenüber den baltischen Staaten etwas, nachdem man Lettland, Estland und Litauen im August und September 1939 abgeschrieben hatte. Ein Musterbeispiel hierfür ist die Information, die in dem Bericht des lettischen Botschafters in Deutschland, Edgars Krieviņš, an Außenminister Munters vom 26. September übermittelt wurde: „In offiziellen deutschen Wirtschaftskreisen geht das Gerücht um, die Russen hätten die baltischen Staaten noch nicht eingefordert, aber, wenn sie die Förderung stellen würden, werde man sie wohl abgeben müssen. In der jetzigen Situation sind drei Tankwagen (die man aus Russland bezieht) mehr wert als ein baltischer Staat.“²⁵

Allerdings nahm ab Herbst 1939 (in erster Linie wegen der von Großbritannien verhängten Wirtschaftsblockade) die Bedeutung des Exportes der baltischen Staaten für die deutsche Wirtschaft allmählich zu (Rohstoffe, Lebensmittel). Nun herrschte in der deutschen Industrie eine andere Ansicht vor als früher, laut der die baltischen Staaten der Sowjetunion nicht überlassen werden sollten. Um diesen unverzeihlichen Fehler wenigstens teilweise zu korrigieren, versuchte Berlin, engere wirtschaftliche Beziehungen zu Lettland, Litauen und Estland aufzunehmen und führte hierzu intensive Verhandlungen mit diesen. Die Verhandlungsergebnisse waren im Wesentlichen vorteilhaft für Deutschland. Es gelang ihm, durch eine zumindest teilweise Integration der baltischen Staaten in den deutschen „Wirtschaftsraum“ seine führende Rolle in deren Außenhandel zu festigen. Im Frühjahr 1940 gingen ca. 70 % des Exportes der baltischen Staaten nach Deutschland.²⁶

Je stärker die deutsche Position im Außenhandel mit den baltischen Staaten wurde, desto häufiger gab die Führung des Dritten Reiches den sowjetischen Behörden zu verstehen, dass man die Interessen der Partner in diesen Ländern aufteilen sollte. Der Sowjetunion wurde die strategische und politische Vorherrschaft in der Region angeboten, während Deutschland der wirtschaftliche Nutzen garantiert werden sollte.²⁷ Die Regie-

pācijas režīmi Latvijā 1940. – 1959. gadā: Latvijas Vēsturnieku komisijas 2002. gada pētījumi = Occupation Regimes in Latvia in 1940–1956: Reseach of the Commission of the Historians of Latvia (2002). Rīga 2007, S. 40.

Andere Autoren vertreten – ohne zu leugnen, ja sogar unter Betonung der Tatsache, dass die Verträge die Folge von Erpressung und grobem Druck seitens der UdSSR waren – die Auffassung, dass sie gültig waren, die baltischen Staaten sie jedoch hätten anfechten können. Hier ist es wichtig zu betonen, dass die Sowjetunion mit der Unterzeichnung dieser Pakte „bilaterale vertragliche Verpflichtungen“ übernahm und die baltischen Staaten bei der Einräumung der von der UdSSR geforderten Militärstützpunkte sich in vollem Umfang über die (eher imaginäre denn reale) Notwendigkeit der Gewährleistung der Sicherheit der Sowjetunion im Klaren waren und darüber, „wie sehr diese mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges anwachsen konnte“ (*Boris Meissner*: The Occupation of the Baltic States from a Present-Day Perspective. In: *Tālav Jundzis u. a.* (Hrsg.) *The Baltic States at Historical Crossroads. Political, economic, and legal problems and opportunities in the context of international co-operation at the beginning of the 21st century.* Rīga 2001, S. 441).

²⁵ Latvijas Valsts vēstures arhīvs (LVVA), 2570. f., 5. apr., 62. l., 131. lp. (Lettisches Staatliches Historisches Archiv, f. 2570, op. 5, d. 62, l. 131).

²⁶ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), R 104592, 381716.

²⁷ Vgl.: *Erwin Oberländer*: Latvian – German Relations, 1939–1940. In: *Andris Caune* (Red.): *Latvija Otrajā pasaules karā. Starptautiskās konferences materiāli 1999. gada 14. – 15. Jūnijs =*

rungen der baltischen Staaten waren am Handel mit Deutschland interessiert, da sie ihn für einen wichtigen Faktor hielten, der die ihnen drohende sowjetische Besetzung und Sowjetisierung bremsen könnte.²⁸

Da Moskau keine besonderen Versuche unternahm, Berlin seine Position streitig zu machen, kam man in Deutschland zu dem Schluss, die Sowjetunion werde sich nicht zu radikalen Maßnahmen zur Änderung des *Status quo* in den baltischen Staaten entschließen. Auf jeden Fall kamen die Ereignisse im Juni 1940, nämlich der Einmarsch der sowjetischen Truppen in die baltischen Staaten und zeitgleich in Rumänien,²⁹ überraschend. Die Eile, mit der diese Aktion erfolgte, verärgerte die Führung des Dritten Reiches und versetzte ihr einen Schock.³⁰ Zunächst (es geht hier um den 16. Juni) wollte Außenminister von Ribbentrop sogar die Möglichkeit prüfen, den sowjetischen Maßnahmen Widerstand entgegenzusetzen, und wies seine Untergebenen an, einen entsprechenden Bericht für ihn vorzubereiten.³¹ Allerdings fasste er einen Tag später nach Beratungen mit Hitler den Entschluss, dass keine Komplikationen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen

¹ Latvia in World War II. Materials of an International Conference 14–15 June 1999. Riga 2000, S. 41.

²⁸ Die Regierungen Lettlands, Litauens und Estlands, die die Zugeständnisse an die UdSSR als „ihnen gewaltsam aufgezwungenen Akt“ betrachteten, erfüllten dennoch die Vertragsbedingungen, da sie naiv annahmen, auch die Sowjetunion werde dies tun. Trotz der Sympathien für Finnland auch während des von der UdSSR gegen das Land begonnenen Winterkrieges (30. November 1939–12. März 1940) erfüllten die baltischen Staaten auch weiterhin alle sich aus den Stützpunktverträgen ergebenden Verpflichtungen. Selbst Moskau musste dies anerkennen. In seiner Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR am 29. März 1940 erklärte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Molotov, dass „die Erfüllung der Verträge mit Lettland, Litauen und Estland zufriedenstellend verläuft und die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und diesen Staaten schafft“ (vgl. SSSR – Germanija, Kn. 2: Dokumenty i materialy o sovetsko-germanskich otnošenijach s sentjabrja 1939 g. po ijun’ 1941 g., S. 41).

²⁹ Die sowjetische Regierung nutzte die für sie günstige internationale Situation infolge des deutschen Angriffs auf Frankreich, Holland und Belgien und besetzte im Juni 1940 die baltischen Staaten komplett. Als erstes Opfer wurde Litauen ausgewählt. Um seine aggressiven Absichten zu begründen, erhob Moskau eine konstruierte, aus heutiger Sicht ausnehmend lächerliche Anschuldigung gegen die litauische Regierung: Angeblich waren in Litauen einige sowjetische Soldaten gefangen genommen worden (einer sogar getötet), um sie zum Verrat militärischer Geheimnisse zu zwingen. Nach allmählicher Verschärfung des künstlich verursachten Konfliktes stellte die Sowjetunion der litauischen Regierung in der Nacht zum 15. Juni 1940 ein Ultimatum mit der Forderung, in Litauen eine neue Regierung zu bilden, die in der Lage sein sollte, die Bedingungen des Beistandsvertrages vom 10. Oktober 1939 „ehrlich zu erfüllen“, und die neuen sowjetischen Truppenteilen den Einmarsch nach Litauen erlauben würde. Obwohl der genannte Vertrag die Möglichkeit einer derartigen Forderung nicht vorsah, sah sich die litauische Regierung gezwungen, das Ultimatum ohne Protest und Widerstand zu akzeptieren. Als eine gewisse Form von Protest kann die Entscheidung des litauischen Präsidenten Antanas Smetona betrachtet werden, am 15. Juni ins Exil zu gehen, um nicht durch seine Anwesenheit im Land die Aktionen der Besatzer zu erleichtern. Vgl. *Ilga Grava-Kreituse u. a.* (Hrsg.): *Larvijas okupācija un aneksija. 1939–1940. Dokumenti un materiāli.* Riga 1995, S. 21.

³⁰ *Ingeborg Fleischhauer*: *Diplomatischer Widerstand gegen „Unternehmen Barbarossa“.* Die Friedensbemühungen der Deutschen Botschaft Moskau 1939–1941. Berlin u. a. 1991, S. 170.

³¹ Legationsrat von Sonnleithner (Büro RAM) an das Auswärtige Amt, 16. Juni 1940. In: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP).* Ser. D: 1937–1941. Baden-Baden 1956. Bd. IX, S. 482.

verursacht werden sollten. In einem Rundschreiben an die deutschen Botschafter wies von Ribbentrop darauf hin, die Ereignisse im Baltikum seien ausschließlich Sache Russlands und der baltischen Staaten.³²

In seinen Erinnerungen, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges im Nürnberger Gefängnis geschrieben wurden, bemerkte von Ribbentrop, die Sowjetunion habe ihre Nichtangriffsverpflichtungen verletzt und die deutsche Regierung nicht rechtzeitig über die Besetzung der baltischen Staaten informiert³³ (dies sah Artikel III des deutsch-sowjetischen Vertrages für den Fall vor, dass die Interessen beider Seiten berührt wurden).³⁴ Die Dokumente in dem Sammelband „Dokumenty vnešnej politiki [SSSR]: 1940–22 ijunja 1941“ bestätigen die Worte von Ribbentrops. Molotov informierte den deutschen Botschafter von der Schulenburg erst am 17. Juni 1940 über den Angriff der UdSSR auf die baltischen Staaten, und Litauen wurde bereits am 15. Juni von den sowjetischen Truppen besetzt. Außerdem war Molotov sehr ironisch. Er erklärte, er wolle den deutschen Botschafter über die „baltischen Angelegenheiten“ informieren, von denen dieser wohl bereits aus den Zeitungen erfahren habe.³⁵

Berlin war überrascht, dass die Sowjetunion in Litauen und den anderen baltischen Staaten eine große Anzahl Divisionen konzentrierte. Zu diesem Zeitpunkt war die deutsche Ostgrenze *de facto* nicht geschützt (dort befanden sich ungefähr 10–12 Divisionen), denn die Hauptkräfte Deutschlands standen im Westen, wo der Feldzug gegen Frankreich zu Ende ging. Anfang Juli 1940 gelangten die Deutschen in den Besitz der Information, dass die Sowjetunion plane, in Litauen 50, in Lettland 30 und in Estland 20 Divisionen zu konzentrieren.³⁶ Im Frühherbst desselben Jahres erhielt Hitler „Nachrichten über zunehmende sowjetrussische Truppenstationierungen entlang der Grenze von Ostpreußen, in Polen und in Bessarabien. Danach sollten allein vor Ostpreußen 22 sowjetische Divisionen stehen, ferner starke Truppenmassen auch im östlichen Polen.“³⁷

Die Information über die Stationierung der sowjetischen Truppen beunruhigte besonders die deutschen Militärkreise, die dies als Vorbereitung der UdSSR „für einen Aufmarsch gegen Deutschland“³⁸ wahrnahmen. Auch andere Fakten irritierten Berlin. Bei der Besetzung des Baltikums bemächtigte sich die Sowjetunion des gesamten litauischen Territoriums einschließlich des strategisch wichtigen Gebietes Marijampolė, das Ostpreußen und das südliche Litauen verband. In dem von der Sowjetunion und Deutschland am 28. September 1939 unterzeichneten Geheimprotokoll wurde dieses Gebiet als Interessensphäre Deutschlands anerkannt.³⁹ In seinen Erinnerungen schrieb von Ribbentrop, dass Hitler sehr zornig wurde, als er erfuhr, dass die Sowjetunion von Rumänien nicht nur Bessarabien verlangte (womit sich Deutschland einverstanden erklärt hatte, was auch

³² Ebd., S. 492.

³³ *Ribbentrop von*, Zwischen London und Moskau, S. 227.

³⁴ Dogovor o nenapadenii mežu Germanijej i Sovetskim Sojuzom ot 23 avgusta 1939 goda. In: SSSR – Germanija, Kn. 1, S. 61.

³⁵ Dokumenty vnešnej politiki [SSSR]. T. 23. Kn. 1: 01 janvarja 1940 – 31 oktjabrja 1940. Moskva 1995, S. 353–354.

³⁶ PAAA, R 10490, 379938.

³⁷ *Ribbentrop von*, Zwischen London und Moskau, S. 228.

³⁸ *Fleischhauer*, Diplomatischer Widerstand gegen „Unternehmen Barbarossa“, S. 170.

³⁹ Vgl.: Sekretnyj dopolnitel'nyj protokol, S. 92.

im Protokoll vom 23. August 1939 festgehalten worden war), sondern auch die nördliche Bukowina, die einst angestammtes österreichisches Kronland war.⁴⁰ Der Führer fasste diesen Schritt Stalins als „Anzeichen eines russischen Vorstoßes nach Westen“ auf, und genau zu dieser Zeit begann er, ernsthaft über Kriegspläne gegen die Sowjetunion nachzudenken. Ende August 1940 sprach Hitler mit Feldmarschall Wilhelm Keitel über eine mögliche Bedrohung durch die Sowjetunion. Etwas später traf sich Hitler in München mehrfach mit von Ribbentrop und sagte ihm in einem der Gespräche direkt, dass er über einen Kriegsplan gegen die UdSSR nachdenke, „da er nicht die Absicht habe, sich vom Osten her überraschen zu lassen.“⁴¹

In Europa gab es in der Zeit zwischen der Unterzeichnung des Molotov-Ribbentrop-Paktes und dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion zahlreiche dramatische Ereignisse. In der historischen Literatur wird diese Zeit häufig als die Zeit der Freundschaft zweier Diktatoren – Stalins und Hitlers – bezeichnet. Moskau und Berlin besetzten und eroberten in dieser Zeit zwölf europäische Länder, und zwei Länder (Finnland und Rumänien) verloren große Gebiete.

Der sowjetisch-deutsche Krieg begann am 22. Juni 1941. Am frühen Morgen des 22. Juni wurde dem sowjetischen Botschafter in Berlin, Vladimir Dekanozov, eine Note von Außenminister von Ribbentrop mit Datum 21. Juni überreicht, in der über den Beginn von Kampfhandlungen informiert wurde (als einer der Gründe, die Deutschland zum Beginn eines Krieges veranlasst hätten, wurden die Aktionen der UdSSR gegen die baltischen Staaten, deren Besetzung und Bolschewisierung genannt).⁴² Der deutsche Botschafter in Moskau, von der Schulenburg, erhielt um 3 Uhr nachts ein Chiffretelegramm, in dem er angewiesen wurde, den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Molotov, aufzusuchen und eine Erklärung abzugeben.⁴³ Von der Schulenburg las Molotov eine von ihm selbst verfasste Note vor, die aus zwei Sätzen bestand: „Angesichts des unerträglichen Maßes von Bedrohung, das für die deutsche Ostgrenze infolge der massierten Konzentration und Vorbereitung aller Streitkräfte der Roten Armee entstanden ist, sieht sich die Deutsche Regierung genötigt, unverzüglich militärische Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Eine entsprechende Note wird gleichzeitig Dekanozov in Berlin übergeben.“⁴⁴ Nach längerem Schweigen fragte Molotov: „Ist dies eine Kriegserklärung?“ Von der Schulenburg bestätigte dies, dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten blieb nur die Feststellung: „Es ist der Krieg!“⁴⁵ Nach Entgegennahme der Note verabschiedete sich Molotov von Schulenburg mit den Worten: „Das haben wir nicht verdient.“⁴⁶

⁴⁰ *Ribbentrop von*, Zwischen London und Moskau, S. 228.

⁴¹ *Ribbentrop von*, Zwischen London und Moskau, S. 229.

⁴² *Fleischhauer*, Diplomatischer Widerstand gegen „Unternehmen Barbarossa“, S. 180; Note des Auswärtigen Amtes an die Sowjetregierung vom 21. Juni 1941. In: *Dietrich André Loeber* (Hrsg.): *Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Lettland und Estland. 1939–1941.* Neumünster 1972, S. 328–329.

⁴³ Deutsche Botschaft Moskau. Vom Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges bis zur Rückkehr nach Deutschland. Tagebuch vom 22. Juni bis 24. Juli 1941. In: PAAA, R 104587, 398131.

⁴⁴ *Fleischhauer*, Diplomatischer Widerstand gegen „Unternehmen Barbarossa“, S. 352.

⁴⁵ Ebd., S. 354.

⁴⁶ *Horst Boog u. a.*: *Der Angriff auf die Sowjetunion.* Frankfurt/M. 1991, S. 130.